Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 124. Montag, 30. Mai 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zwischen Krieg und Frieden.

Die englische Regierung hat am Sonnabend unter Nichtachtung der diplomatischen Gebräuche durch einen einfachen Boten des Foreign Office dem russischen Geschäftsträger in London die ominöse Note überreichen lassen, durch die der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Völkern perfekt wird. Der Ton und der Inhalt der Note bewegen sich entsprechend der Formlosigkeit, mit der die Ueberreichung selbst geschah. Wenn die englische Regierung auch erklärt, daß sie nicht beabsichtige, „dem reinen Handel zwischen den beiden Ländern Hindernisse in den Weg zu legen", so dürfte sie in der Praxis doch auch die Handelsbeziehungen zwischen Moskau und London unterbunden haben. Denn bei der Unsicherheit der Lage wird es wohl keinem Menschen in Rußland oder in London einfallen, Handelsgeschäfte mit einem Lande zu tätigen, mit dem seine Regierung in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden lebt. Die Folgen werden sich für beide Streitenden nicht gleichmäßig bemerkbar machen. Zeigt doch die Kurve des englischen Exports nach Rußland eher eine fallende Linie, als eine steigende, während die russische Ausfuhr nach England und seinen Kolonien in den letzten Jahren sich zusehends steigerte. Was besagt, daß es den Russen schwerer fallen wird als den Engländern, neue Absatzgebiete für den Ausfall des Exports nach England zu finden.

Die Reichsregierung hat dem russischen Wunsch Rechnung getragen und sich bereit erklärt, den Schutz der russischen Interessen in London zu übernehmen. Man hat vielfach in der deutschen Presse diesen Entschluß der Reichsregierung einer Kritik unterzogen und behauptet, daß eine solche Interessenvertretung durch Deutschland ein immerhin merkliches Abrücken aus der Front der Neutralität bedeute. Diese Ansicht ist durchaus irrig. Die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den diplomatischen Schutz Rußlands in London zu übernehmen, bedeutet selbstverständlich keineswegs eine Option des Reiches in dem Streithandel dieser beiden Nationen. Da Deutschland sowohl durch Garantieverträge seine Beziehungen zu England und der Entente geregelt hat, als auch durch den Berliner Vertrag mit Rußland einen Freundschaftspakt schloß, so war es von vornherein prädestiniert für die Rolle eines neutralen Vermittlers. Im Gegenteil, man kann behaupten, daß, wenn die Reichsregierung dem russischen Wunsche nicht nachgekommen wäre, dies ein unfreundlicher Akt gegenüber den Sowjets gewesen wäre, Deutschland hat aber weder Veranlassung, sich mit dem einen der Streitenden zu überwerfen, noch mit dem anderen sich irgendwie solidarisch zu erklären. Im übrigen dürfte in der Praxis die Interessenvertretung Rußlands in London wenig in Erscheinung treten. In England selbst leben sehr wenige russische Staatsangehörige. Und die wenigen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, die vielleicht noch weiter bestehen bleiben, sind rein private Geschäfte, die eines diplomatischen Schrittes keineswegs bedürften. Im übrigen ist es recht unwahrscheinlich, daß die englische Regierung irgendwie etwas an diesem Entschluß der Reichsregierung auszusetzen haben wird. England ist von dem Willen Deutschlands, unter allen Umständen dem russisch-englischen Konflikt gegenüber Neutralität zu bewahren, unmißverständlich orientiert worden. Es kann also auch die Bereitwilligkeit des Reiches, den diplomatischen Schutz der Russen in London zu übernehmen, nicht anders bewerten, als wir es auch tun, nämlich als einen Höflichkeitsakt, der durch die diplomatischen Gebräuche sanktioniert ist.

•

Polens Doppelgesicht.

Vielleicht von allen Staaten Europas empfindet Polen die Zuspitzung des englisch-russischen Konfliktes am peinlichsten. Man weiß, daß über Paris gewisse Fäden aus Warschau nach London laufen. Daß die polnische Regierung in den letzten Jahren stets ihre Freundschaft zu England und ihre Zusammengehörigkeit zur ententistischen Welt betonte. Daß sie niemals zögerte, mit England recht günstige Geschäfte abzuschließen. Es sei hier nur auf die Kohlenlieferungen hingewiesen, die während des englischen Bergarbeiterstreikes reichlich aus Polnisch-Oberschlesien nach England flossen. Gleichzeitig hat sich die polnische Regierung aber auch recht fleißig bemüht, die Beziehungen nach Moskau zu vertiefen und zu befestigen. Die Stellungnahme Polens dem jetzt ausgebrochenen russisch-englischen Konflikt gegenüber würde sich aus dieser Situation selbst ergeben. Das heißt, Polen könnte, ähnlich wie Deutschland, eine strikte Neutralitätserklärung abgeben. Immerhin besteht hier doch ein Unterschied insofern, als die Beziehungen zwischen Moskau und London etwas tiefer sind als die Berlins zur Themse. Und es gibt für Warschau gewisse Verpflichtungen England gegenüber, denen sich die polnische Regierung schwer entziehen kann. Polen versucht, sich aus diesem Dilemma herauszuziehen, indem es seine Presse recht stark die Freundschaft mit dem russischen Volke betonen läßt, während die Regierung sich stark in dem Sinne Londons ausspricht. Die englische Regierung dürfte sich bald davon überzeugen, daß sie in ihrem Streit mit Rußland so gut wie nicht auf eine Hilfe Polens rechnen kann.

Rücktritt des persischen Kabinetts.

* Paris, 30. Mai. (Telunion.) Havas meldet aus Teheran, daß das persische Kabinett zurückgetreten ist.

Rußlands Antwortnoten an England.

)(Moskau, (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Regierung hat dem englischen Geschäftsträger Peters folgende von Litwinow unterzeichnete **Antwortnote** überreichen lassen:

Die Sowjetregierung hat von dem Inhalt der gestern dem Sowjet-Geschäftsträger Rosengolz zugestellten Note Kenntnis genommen, in der mitgeteilt wird, daß die Regierung Großbritanniens das Handelsabkommen von 1921 aufhebt und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien abbricht. Dieser Beschluß ist der Sowjetregierung nicht unerwartet gekommen. Sie weiß schon längst, daß der Abbruch der Beziehungen mit der Sowjet-Union durch die ganze Politik der jetzigen britischen konservativen Regierung vorbereitet wurde, die alle Anträge der Sowjetregierung auf eine Regelung der gegenseitigen Beziehungen durch Verhandlungen ablehnte. Die Sowjetregierung weist nochmals entschieden alle Beschuldigungen, das sie jemals das Abkommen von 1921 verletzt hätte, als vollkommen unerwiesen und dadurch unbegründet zurück. Die einzige Quelle dieser Beschuldigungen ist, wie dies mehrmals vollkommen unwiderlegbar erwiesen wurde, eine gewissenlose Information, die aus den anrüchigsten Quellen weißrussischer Emigranten geschöpft wurde, und gefälschte Dokumente, mit denen die britische Regierung während der ganzen Dauer der Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Sowjetregierung gern zu operieren pflegte.

Die Ergebnislosigkeit der Durchsuchung der Handelsdelegation, die mit größter Sorgfalt einige Tage lang ausgeführt wurde, ist der beredteste Beweis für die Loyalität und Korrektheit der offiziellen Agenten der Sowjetunion. Die Sowjetregierung übergeht die Unterstellungen britischer Minister über eine Spionage der Handelsdelegation mit Verachtung und hält es für unter ihrer Würde, auf sie zu antworten. Die Sowjetregierung stellt fest, daß die britische Regierung sowohl für die erste Verletzung des Handelsabkommens von 1921, die ihren Ausdruck fand in einem Ueberfall der Polizei auf exterritoriale Räume der offiziellen Agenten der Sowjetunion, wie auch für die zweite Verletzung, die in der Aufhebung dieser Abmachung ohne die vorgesehene sechsmonatige Kündigung besteht, keine rechtmäßige Veranlassung hatte.

Es ist der ganzen Welt vollkommen klar, daß der Hauptgrund für den Bruch das Fiasko der Politik der konservativen Regierung in China ist und der Versuch, dieses Fiasko durch eine Diversion gegenüber der Sowjetunion zu verschleiern. Ferner, daß der unmittelbare Anlaß der Wunsch der britischen Regierung ist, die öffentliche Meinung von der Ergebnislosigkeit des unsinnigen Ueberfalls der Polizei auf die Arcos und die Handelsdelegation abzulenken und dem britischen Minister des Innern aus der skandalösen Lage herauszuhelfen, in die er infolge dieses Ueberfalls geraten ist. Die Völker der Sowjetunion und ihre Regierung hegen keine Feindschaft gegen die Völker des britischen Reiches, mit denen sie normale und freundschaftliche Beziehungen unterhalten wollten. Dies ist zweifelsohne auch der Wunsch der Völker des britischen Reiches. Diese normalen Beziehungen wünscht und wünschte die gegenwärtige britische Regierung jedoch nicht, die vom ersten Tage ihres Bestehens bestrebt war, die Beziehungen zur Sowjetunion im Zustande stetiger Spannung zu erhalten und sie weiter anzuspitzen. Die britische Regierung zieht dem System normaler Beziehungen das System der Gewalttätigkeit und der Feindschaft vor. Sie hat sich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, für den sie die ganze Verantwortung übernehmen muß, im vollen Bewußtsein der Erschütterung entschlossen, die dieser Bruch unvermeidlich in den bestehenden politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen hervorrufen wird. Sie mußte wissen, daß der Bruch das wirtschaftliche Chaos, das Europa nach dem Weltkrieg noch nicht überwunden hat, verstärken und der Sache des Friedens einen schweren Schlag versetzen wird. Sie hat sich jedoch zu dieser Handlung entschlossen, indem sie die Interessen breiter Massen des britischen Reiches und selbst der britischen Industrie opferte. Die Sowjetregierung nimmt von diesem Akt in der vollen Ueberzeugung Kenntnis, das er nicht allein von den werktätigen, sondern auch von allen fortschrittlichen Elementen der ganzen Welt verurteilt werden wird. Sie spricht zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Zeit nahe ist, wo das britische Volk die Möglichkeit finden wird, sein Streben nach Frieden und Wiederherstellung der normalen freundschaftlichen Beziehungen zu den Völkern der Sowjetunion ungehindert zu verwirklichen.

Noch keine Regierungsumbildung in Sachsen.

Die angekündigte interfraktionelle Besprechung hat am Sonnabend nachmittag im Landtagsgebäude stattgefunden. Es nahmen daran die Regierungsparteien außer den Altsozialdemokraten und die Deutschnationalen teil. Wie von den Beteiligten bekanntgegeben wird, sind Beschlüsse nicht gefaßt worden. Am Donnerstag werden die Fraktionen erneut zusammentreten.

Der den Deutschnationalen nahestehende Sächs. Zeitungsdienst schreibt hierzu:

„Aus der Mitteilung, daß Beschlüsse nicht gefaßt worden sind, kann nur der Schluß gezogen werden, daß sich die anderen Parteien immer noch nicht haben dazu entschließen können, den Deutschnationalen eine klare Antwort zu geben. Die Forderungen der Deutschnationalen resultieren aus den Zusicherungen, die ihnen die anderen Parteien aus freiem Antrieb schriftlich gegeben haben, und die, wie nochmals festgehalten werden muß, besagen, daß bis zum 1. Juni mit den Deutschnationalen eine Einigung über die Verringerung der Zahl der Ministerien und über den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung herbeigeführt werden muß, und daß, falls diese Einigung nicht erfolgt, die Regierung gezwungen ist, zurückzutreten. Diese Zusicherungen sind den Deutschnationalen am 10. Januar ds. Js. gegeben worden. Wenn nun am 28. Mai die Regierungsparteien noch nicht in der Lage waren, erkennen zu lassen, ob sie ihre Zusicherungen einlösen wollen oder nicht, dann ist man gezwungen, anzunehmen, daß immer noch Kräfte am Werke sind, die Deutschnationalen von der Teilnahme an der Regierung abzudrängen.

In unterrichteten parlamentarischen Kreisen weiß man längst, daß nach dieser Richtung gewisse Stellen in der SPD. und in der Demokratischen Partei zusammenarbeiten. Ebenso bekannt ist, daß bei der Mehrzahl der Regierungsparteien auch heute noch der ehrliche Wille vorhanden ist, beim Wiederzusammentritt des Landtages mit einer neuen Regierung im Sinne der den Deutschnationalen gegebenen Zusicherungen aufzuwarten. Der wiederum erfolglose Verlauf der Beratungen am Sonnabend rechtfertigt leider die stark pessimistische Auffassung, die in deutschnationalen Kreisen nach wie vor vorhanden ist."

Weit zuversichtlicher äußert sich der Tel.-Union-Sachsendienst. Nach seinen Informationen dürfte die Umbildung der Regierung auf Grund der seinerzeit eingegangenen Verpflichtungen der Regierungsparteien gegenüber den Deutschnationalen als gesichert angesehen werden. Die sich bisher zeigenden Widerstände und Schwierigkeiten könnten als unüberbrückbar nicht mehr gelten. Dagegen erscheine es zweifelhaft, ob mit der Regierungsumbildung eine Herabsetzung der Ministersitze von sieben auf fünf schon jetzt durchgeführt werden kann. Man rechnet in dieser Beziehung mit einem Entgegenkommen der Deutschnationalen.

Die Räumungsfrage. – Ein französischer Fühler.

gn. Berlin. Die deutsch-französischen Verhandlungen in der Frage der Herabminderung der französischen Besatzungstruppen im Rheinland sind auch in den letzten Tagen nicht vom Fleck gekommen. Außenminister Briand hatte bekanntlich vor seiner Reise nach London dem Botschaftsrat Dr. Rieth gegenüber erklärt, ihm baldigst eine Antwort auf die deutschen Sondierungen zukommen zu lassen. Dieses Versprechen hat Briand nicht gehalten und die Reichsregierung wartet noch heute auf diesen Bescheid. Von seiten des Quai d'Orsay werden nun Meldungen lanciert, aus denen hervorgeht, Frankreich werde sich mit einer Reduzierung der Besatzungstruppen um 10 000 Mann einverstanden erklären. In Berlin ist man der Ansicht, daß es sich hierbei lediglich um Fühler handelt, um festzustellen, ob Deutschland sich mit einer Reduzierung der französischen Besatzungstruppen im Rheinland in Höhe von 10 000 Mann einverstanden erklärt. Einen Beschluß in dieser Frage hat das Pariser Kabinett aber noch keineswegs getroffen. In der Wilhelmstraße macht sich inzwischen immer mehr die Ueberzeugung geltend, daß Frankreich das gesamte Räumungsproblem zum Gegenstand einer Aussprache zwischen Dr. Stresemann, Briand und Chamberlain auf der Junitagung des Völkerbundes machen will. Somit würde mit einer Klärung der Räumungsfrage erst Ende Juni zu rechnen sein.

Das Schicksal des Jugendschutz-Gesetzes.

vdz. Berlin. Der Reichsrat hat, wie gemeldet, in seiner letzten Sitzung gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten Einspruch erhoben. An zuständiger Stelle besteht aber die Auffassung, daß die Differenz zwischen dem Reichsrat und dem Reichstag sich nur auf wenige Punkte bezieht, in denen vielleicht eine Einigung erzielt werden könnte, sodaß noch mit der Annahme des Gesetzes zu rechnen sein würde. Wird eine solche Einigung nicht erreicht, dann bedürfte allerdings das Gesetz, um in Kraft treten zu können, bei der nochmaligen Abstimmung im Reichstag einer Zweidrittel-Mehrheit. Nur durch diese Mehrheit kann die fehlende Zustimmung des Reichsrats ersetzt werden.

Telegramm des Reichspräsidenten an die Hapag.

)(Berlin. Der Herr Reichspräsident hat an die Hamburg-Amerika-Linie aus Anlaß ihres 80jährigen Bestehens folgendes Telegramm gerichtet: „Der Hamburg-Amerika-Linie spreche ich zum Jubiläum ihres 80jährigen Bestehens in dankbarer Anerkennung all dessen, was sie für Deutschlands Seeverkehr und Deutschlands Weltgeltung getan hat, meine herzlichsten Glückwünsche aus. Möge der Aufstieg, den sie nach den schweren Schicksalsschlägen der Kriegs- und Nachkriegszeit so tatkräftig begonnen, sie zu weiteren Erfolgen führen. Mit herzlichen Grüßen

von Hindenburg, Reichspräsident"